

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinstp.
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

27. Jahrgang.

Nr. 22.

Donnerstag, den 19. Februar

1880.

Vorladung.

Der Schneidergeselle Emil Franz Paul Roscher aus Jöhstadt wird hiermit geladen, behufs seiner Befragung über eine allhier wider ihn vorliegende Anzeige unverweilt an hiesiger Amtsstelle sich einzufinden oder seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort anher anzuzeigen.

Die Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes werden ersucht, Roscher'n im Betretungsfalle auf diese Aufforderung hinzuweisen und vom Erfolge Nachricht anher zu ertheilen.

Eibenstock, am 16. Februar 1880.

Der Königliche Amtsanwalt.
Amd.

Der Veredelungsverkehr zwischen Sachsen und Böhmen

bildete den Hauptgegenstand der Verhandlungen in der letzten Sitzung der Handels- und Gewerbekammer in Eger. Die Webwaarenfabrikanten in Asch hatten durch Herrn Gustav Panzer der Kammer eine Petition an das Abgeordnetenhaus mit dem Ersuchen um Unterstützung übergeben, worin auf die Nachteile, welche das gänzliche Aufhören des Veredelungsverkehrs zwischen Böhmen und Sachsen für die Ascher Industrie zur Folge haben müßte, hingewiesen wurde. In Oesterreich sind die für die Webwaarenherstellung geeigneten Lohnstückzeugfabriken und Appreturanstalten noch nicht vorhanden, und die sofortige Errichtung derselben ist mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Schon bei Beratung des Zolltarifs war von den Industriellen in Asch die Aufrechterhaltung des Veredelungsverkehrs begehrt worden, und die Egerer Handelskammer war auch dafür eingetreten. Die österreichischen Appreturanstalten leisten noch nicht so Vollkommenes wie die sächsischen, da die Industrie des böhmischen Grenzbezirkes zumeist erst von Sachsen gekommen ist und daher deren Fortschritte sich meist an Sachsen anlehnen. Durch die Benutzung der sächsischen Appreturanstalten ist, wie von dem Großindustriellen Meindl in Graßlig ganz richtig hervorgehoben wurde, das Aufblühen der böhmischen Webwaaren-Industrie erst möglich geworden, und deshalb muß auch ein plötzliches Aufhören dieses Verkehrs auf manchen Industriezweig in Oesterreich selbst einen außerordentlich nachtheiligen Einfluß ausüben.

Die Petition wünscht, daß das österreichische Abgeordnetenhaus die Frist bis zur gänzlichen Aufhebung des zollfreien Veredelungsverkehrs, wenigstens für die Ascher Webwaaren, auf ein Jahr ausdehne, damit es den Fabrikanten und Färbern ermöglicht sei, während dieser Zeit die nöthigen Appreturanstalten und Stückzeug-Färbereien im Inlande in der erforderlichen vervollkommenen Weise zu errichten, und damit der in Rede stehende Zweig der Ascher Industrie einstweilen die Segnungen des zollfreien Veredelungsverkehrs noch ungehindert zum Wohle der Bevölkerung genießen könne. Die Handelskammer wird diese Petition unterstützen.

Wenn der am 1. Juli d. J. in Aussicht stehende neue Handelsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich hinsichtlich des weiteren Fortbestehens des Veredelungsverkehrs keine Bestimmungen treffen sollte, so wäre für die jetzt beim Veredelungsverkehr mit Oesterreich interessirten sächsischen Fabrikanten noch das Auskunftsmittel vorhanden, daß sie selbst die fehlenden industriellen Anstalten in Böhmen errichteten. Es giebt Districte in diesem von der Natur so segensreich ausgestatteten Lande, wo die günstigsten Vorbedingungen für Einführung einer lohnenden Industrie, nämlich eine starke Wasserkraft und billige Arbeiterbevölkerung, vorhanden sind. Dahin gehört die Gegend von Schlaggenwald und Schönfeld, welche beide Ortschaften an der wasserreichen Lache, einem Nebenflusse der Eger, liegen und jetzt wegen Beschäftigungslosigkeit zahlreicher Arbeiterfamilien in einem wahren Nothstand sich befinden. Waren doch allein in Schönfeld und Umgegend früher gegen 1000 Weber beschäftigt, welche jetzt, wo eine Ueberproduction in halbwoollenen Modewaaren eingetreten ist, fast ganz ohne Beschäftigung sind. Auch durch das Aufhören des Zinnbergbaues, welcher vielen Berg-

leuten Erwerb gab, aber auch eine nicht unbedeutende Hausindustrie mit sich brachte, sind viele Arbeitskräfte frei geworden.

Die Handels- und Gewerbekammer in Eger, zu deren Bezirk jene Orte gehören, wird in Gemeinschaft mit der Bezirkshauptmannschaft Falkenau und dem Bezirksausschusse von Elbogen bei der österreichischen Regierung dahin vorstellig werden, daß dieselbe den in jener Gegend etwa sich etablirenden Industriellen dadurch eine Erleichterung gewähre, daß diesen eine Steuerfreiheit auf mehrere Jahre, sowie die zollfreie Einfuhr von Maschinen, wie sie in Oesterreich noch nicht erzeugt werden, garantirt werde. Gleichfalls soll auf den Bau einer Vicinalbahn aus Staatsmitteln von Elbogen nach Schlaggenwald und Schönfeld hingewirkt werden.

Da ein anderer Ausweg zur Abwehr des drohenden Nothstandes nicht gefunden werden kann, so wird die Regierung wohl oder übel jene Forderungen bewilligen müssen. An unseren Industriellen liegt es nun, diese günstige Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen; denn wenn der Veredelungsverkehr zwischen Sachsen und Böhmen später unmöglich gemacht wird, so können die böhmischen Industriellen nicht mehr ihre Kunden sein, und es würde sich bei den Besitzern von Bleichereien, Stückzeugfärbereien und Appreturanstalten in Sachsen sehr bald ein Ausfall im Geschäftsverkehr bemerklich machen. Man muß das Eisen schmieden, so lange es warm ist. (Vogl. Anz.)

Tagesgeschichte.

— Berlin. Im Reichstage circulirt in jüngster Zeit das Gerücht, der Reichskanzler beabsichtige schon in nächster Zeit mit dem Project des Tabakmonopols wieder hervorzutreten, und man bringt die Anwesenheit des Generalsteuer-Directors Fabricius und des Unterstaatssecretärs Mohr aus Straßburg, welche sich augenblicklich in Berlin aufhalten, mit dieser Frage in Verbindung. Da der Reichskanzler bei Annahme des Tabaksteuergesetzes ausdrücklich erklärt hatte, damit auf das Monopol keineswegs verzichtet zu wollen, so klingt das Gerücht nicht geradezu unglücklich, wenn schon man es mit größter Reserve aufzunehmen haben wird.

— Bei den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses am 5. d. M. über dasjenige Kapitel des Kultusetats, welches die Gymnasien u. Realschulen betrifft, wies der Abgeordnete Röckerath mit Recht auf die Ausdehnung hin, welche Socialdemokratie, Selbstmorde, geheime Verbindungen auf unsern Gymnasien erlangt hätten und suchte dieselbe auf die Vera Hall zurückzuführen. Der Kultusminister von Pattkammer bemerkte dazu, daß das Verbindungswesen oder vielmehr Verbindungsunwesen an unsern höheren Schulen nicht neueren Datums, aber allerdings in letzter Zeit sehr stark hervorgetreten sei und daß er gegen dasselbe mit den schärfsten Maßregeln vorgehen werde. Daran knüpft er noch die folgenden, von allen Parteien des Hauses mit vollem Beifall aufgenommenen beherzigenswerthen Worte: „Niemand mißgönnt der deutschen Jugend ihren Frohsinn und ihre Heiterkeit. Dafür sind wir Alle einmal jung gewesen. Aber wenn die Sucht danach sich in eine Entwicklung verliert, wo das jugendliche Gemüth, anstatt sich gehörig für einen Lebensberuf vorzubereiten, die Lebensgenüsse zu verfrühen bestrebt ist, dann müssen

alle ernstdenkenden Männer mit Einstimmigkeit sich dagegen erklären. Aus diesen geheimen Schulverbindungen entwickeln sich unersaubte nächtliche Gelage, Unfleiß, mangelhafte Leistungen, Lügen und Unwahrheit, sogar Ehrlosigkeit. Wenn es soweit kommt, daß ein Schüler, der als Mitglied eines solchen Bundes abgefaßt wird, durch einen Eid sich seinen geheimen Genossen gegenüber verpflichtet muß, in demselben Augenblick, wo er gefragt wird, sich als ausgetreten zu betrachten; wo bleibt da die Ehre, die doch in der Jugend vor Allem entwickelt werden muß? Was sollen wir für Männer erziehen, wenn mit solchen Schlichen die Wahrheit umgangen wird? Ich halte es für meine Pflicht, dieses Unwesen mit Stumpf und Stiel auszurotten. Und ich werde nicht eher ruhen, bis dies geschehen ist. Ich wende mich namentlich an die Gemeinden und Familien und bitte Sie, mir hierbei Ihre Unterstützung zu leihen. Bisher fand ich in den Familien meistens nur eine fränkliche, schwache Affenliebe zu ihren Kindern, die dieselben ängstlich davor gehütet lassen wollte, daß sie mit Schularbeiten zu sehr überlastet würden; hintendrin findet sich dann, daß der junge Patron, anstatt zu arbeiten, die Nächte in Böllerei zugebracht hat; dann trägt die Schule doch wahrhaftig nicht mehr die Verantwortung dafür, daß keine Fortschritte gemacht werden. Auch Communen haben sich diesem meinen Streben einzeln widersezt. Ich sollte doch meinen, eine ordentliche Communalverwaltung müßte mir hierin mit größter Bereitwilligkeit entgegenkommen. — Familien und Gemeinden möchte ich daher von dieser Stelle aus beschwören, von diesem Wege abzugehen und der Schul-Verwaltung die Hand zu reichen, damit wir der Wucherblume unseres Schulwesens ein Ende machen.

— Frankfurt a. M. Hinsichtlich des für das V. deutsche Turnfest projectirten Festzuges erfahren wir, daß man von der ursprünglichen Idee, nur dem Turnwesen dabei Sorge zu tragen, abgekommen ist. Wie bei dem Schützenzuge 1862 die Entwicklung des Schützenwesens u. veranschaulicht wurde, so wird das Gleiche mit der Turnerei geschehen, und sollen alle Phasen der Gymnastik, von den olympischen Spielen bis auf die moderne Turnerei, veranschaulicht werden. Sämmtliche Vereine, welche die Ausbildung der Körperkraft nach irgend einer Richtung hin verfolgen, wie Rudervereine, Fußballklubs u., werden aufgeboten werden. 15 Musikkorps werden den Zug, welchen die Feuerwehr mit ihrem Musikkorps eröffnen und schließen wird, begleiten.

— Hannover. Die Nummer vom 14. Februar der „Deutschen Volkszeitung“ enthält als Beilage eine „Petition von selbstständigen Handwerkern und Einwohnern Hannovers“, betreffend die Einführung obligatorischer Innungen mittelst gesetzlicher Bestimmungen. Die erste Anregung hierzu ging von der hiesigen deutschkonservativen Partei aus, welche sich zu diesem Behufe mit Handwerksmeistern in Verbindung setzte. Da aber eine vollständige Einigung all Derjenigen, welche sich für den Schutz des Handwerks interessieren, nicht zu erzielen war, so gehen nun mehrere Petitionen gleichen Zweckes an den Reichstag ab.

— Ueber einen am Sonnabend stattgehabten Excurs ober-schlesischer Bergarbeiter wird der „Tribüne“ aus Bentzen unterm 15. d. M. geschrieben: „Auf der conf. Radzionkau-Steinkohlengrube bei Scharley sind gestern Nachmittag sehr bedeutende Ausschreitungen der